

30./XII. 1917

Berliner Finanzbrief.

— Von unserem Korrespondenten. —

Berlin, 20. Dezember.

Da die Möglichkeit eines Friedensschlusses mit Rußland in greifbare Nähe gerückt ist, wird in allen wirtschaftlich interessierten Kreisen noch eifriger als bisher die Frage erörtert, welchen Einfluß wohl die Wiederkehr des Friedens auf die industrielle Lage in Deutschland ausüben werde. Eine Einigkeit über diese Frage wird zwar schwerlich zu erzielen sein, indessen steht soviel fest, daß gerade in den maßgebenden industriellen Kreisen selbst eine außerordentliche Zuversicht herrscht. Nur so ist es auch zu verstehen, daß in den jüngsten Tagen zwei führende Werke der deutschen Montanindustrie zu Kapitalserhöhungen geschritten sind, und zwar der Bochumer Verein für Bergbau und Gußstahlfabrikation und die Mannesmannröhren-Werke. Beide Gesellschaften genießen seit vielen Jahren schon den Ruf besonderer Vorsicht und Solidität, und wenn ihre Verwaltungen an die Wahrscheinlichkeit einer kommenden Konjunkturschwächung glaubten, würden sie schwerlich in einer Zeit, wo allgemeiner Ansicht nach der Weltkrieg in das Stadium der Liquidation zu treten begonnen hat, neue Ausdehnungspläne zur Durchführung bringen. Um solche aber handelt es sich in beiden Fällen; der Bochumer Verein begründet nämlich seinen Antrag auf Kapitalserhöhung um neun Millionen Mark mit der Notwendigkeit umfangreicher Neubauten und Vergrößerungen der Anlagen, während die Mannesmann-Werke sich eine zweite Steinkohlengrube, die Gewerkschaft „Unser Fritz“ angliedern. In diesem Falle also handelt es sich um eine Verbreiterung der Kohlenbasis, die einer weiteren Ausdehnung der Eisenwerke des Unternehmens Rechnung tragen soll. Ueberhaupt war der Expansionsdrang der Industrie niemals während der ganzen Kriegszeit so reger wie gegenwärtig; während im Oktober dieses Jahres Kapitalserhöhungen um etwa 106 Millionen Mark vorgenommen worden waren, die Koblenzbergwerke dagegen auf 33 Millionen Mark sank, schenkte sie im Dezember auf 220 Millionen in die Höhe, und diese Bewegung erscheint um so beachtenswerter, als bekanntlich seit mehr als Monatsfrist keine Neugründung oder Kapitalserhöhung ohne vorherige Genehmigung der zuständigen Landesbehörde erfolgen darf. Man kann also sagen, daß es sich bei all diesen Kapitalvermehrungen um wirtschaftlich notwendige Erweiterungen handelt und daß die deutsche Industrie mit Zuversicht der ferneren Entwicklung auch für den Friedensfall entgegensteht.

Eine gewisse Enttäuschung hat es demgegenüber vor ein paar Tagen verursacht, daß die größte deutsche Industriegesellschaft, die Aktiengesellschaft Fried. Krupp, eine Dividendenermäßigung um 2 auf 10 Prozent hat eintreten lassen. Allerdings läßt sich die Krupp-Gesellschaft insofern mit anderen Aktiengesellschaften nicht vergleichen, als ihre Aktien sich ausschließlich in Familienbesitz befinden, die Dividendenzahlung also mehr formale Bedeutung hat. Im übrigen lassen die Abschlußziffern — vor allem der Reingewinn von fast 50 Millionen Mark bei 250 Millionen Mark Aktienkapital — deutlich erkennen, daß auch die Zahlung einer höheren Dividende als 10 Prozent sehr wohl im Bereich der Möglichkeit gelegen hätte und daß lediglich besondere Ursachen für die Niedrighaltung der Dividende bestimmend gewesen sind. Daß die gesamte deutsche Industrie, mit verschwindenden Ausnahmen, im Zeichen einer dauernden Hochkonjunktur und unverändert hoher Gewinne steht, läßt sich nicht bestreiten und die Jahresabschlüsse für 1917 werden diese Hochkonjunktur deutlich widerspiegeln.

Um so unverständlicher muß auf den ersten Blick die in den letzten Wochen an der Börse eingetretene Abschwächung erscheinen, die zeitweise den Charakter eines Kurssturztes annahm. Den eigentlichen Anstoß dazu gab die Neuregelung des Börsenverkehrs, da sich der Markt nach dreijähriger Gewöhnung an den „freien Verkehr“ nur schwer den neuen Formen und ihrem Zwange anpassen konnte. Es handelt sich dabei vor allem um die Einheitskurse, die in der Tat nach den Erfahrungen der jüngsten Zeit als eine veraltete und reformbedürftige Art des Börsenverkehrs erscheinen müssen. Die Folge der Einführung von Einheitskursen für die große Mehrzahl der Börsenpapiere war nämlich die, daß die Kursschwankungen weit heftiger waren als früher, in den Tagen des freien Börsenverkehrs mit seinen schwankenden Kursen, ferner daß für sehr zahlreiche Papiere überhaupt keine Kurse festgestellt werden konnten, weil Nachfrage und Angebot nicht zueinander paßten, während unter den früheren Verhältnissen infolge der ausgleichenden Tätigkeit der freien Makler fast alle Aufträge ausgeführt werden konnten. Jedenfalls wird, wenn im Frieden der amtliche Börsenverkehr wieder in vollem Umfange eingeführt sein wird, die Frage eine gewisse Rolle spielen, ob das System der Einheitskurse, als ungewöhnlich und unzeitgemäß, nicht gänzlich fallen gelassen und abgeschafft werden sollte. Natürlich war das schlechte Funktionieren des Börsenapparats nicht die einzige Ursache des heftigen Kursrückganges; es sprachen vielmehr auch Erwägungen mit, ob im Falle des Friedensschlusses die industrielle Hochkonjunktur unverändert anhalten werde, endlich auch die früher wiederholt schon erwähnten Steuerbefürchtungen, vor allem die Befürchtung einer hohen Dividendensteuer.

Inzwischen freilich ist wieder eine Beruhigung und Erholung eingetreten, wozu nicht zuletzt die von der Industrie selbst zur Schau getragene Zuversicht beitrug. Was ferner die Steuerpläne der Regierung betrifft, so sind irgendwelche Beschlüsse bisher noch nicht gefaßt worden; bemerkenswert erscheint es jedoch, daß schon jetzt sich gewichtige Stimmen gegen ein allzu radikales Vorgehen, vor allem gegen eine — in manchen Kreisen sehr popu-

läre — einmalige hohe Vermögensabgabe erheben. So hat unter anderen Geheimrat Steinhilf, der frühere Direktor der Deutschen Bank, in einem vielbeachteten Aufsatz ernstlich vor dem Gedanken einer solchen „Vermögenskonfiskation“ gewarnt, und auch von anderen Seiten werden ernste Bedenken gegen derartige Steuerpläne geltend gemacht, deren verhängnisvolle Folgen die Erschwerung jeder produktiven Tätigkeit bilden würden. Man wird also gut tun, den alarmierenden Gerüchten über kommende hohe Vermögensabgaben einstweilen nicht zu viel Bedeutung beizumessen; es handelt sich dabei einstweilen um nichts anderes, als um Anregungen und Vorschläge extremer Wirtschaftspolitik, die man sich indessen bisher an Regierungsstellen noch keineswegs zu eigen gemacht hat.

Zu den erfreulichsten Wirkungen des Beginnes der Friedensverhandlungen mit Rußland gehört die sehr erhebliche Besserung der deutschen Valuta im neutralen Ausland. Es geht daraus mit Deutlichkeit hervor, was früher schon mehrfach an dieser Stelle betont worden war, daß für die starke Entwertung des Kurses der Reichsmark in erster Reihe spekulative Nachenschaften verantwortlich zu machen sind. Daß nicht allein und nicht einmal in ausschlaggebender Weise die Passivität der deutschen Handelsbilanz die Schuld an dem Rückgange unserer Währung trug, muß das plötzliche Emporschnellen des Marktkurses in der Schweiz, in Holland und den nordischen Ländern für jedermann überzeugend dargetan haben; denn in unseren Handels- und Zahlungsbeziehungen zu jenen Ländern hat sich in diesen wenigen Tagen nichts geändert. Daraus aber ergibt sich zugleich die erfreuliche Gewissheit, daß nach Wiederkehr des allgemeinen Friedens der Markkurs ziemlich automatisch wieder auf seinen normalen Friedensstand steigen dürfte, und daß die Befürchtungen gänzlich unbegründet sind, Deutschland würde noch lange nach Friedensschluß unter einem Disagio seiner Valuta zu leiden haben. Diese willkürliche Annahme ist durch die Bewegung der Wechselkurse in den jüngsten Wochen gründlich widerlegt worden, und damit dürfte gleichzeitig auch den spekulativen Manövern gegen die deutsche Währung für die Zukunft ein Niegel vorgeschoben worden sein.